



Gemeinde Windisch
Protokoll des Einwohnerrates
Sitzung vom 22. Oktober 2014

Seite:
79

Vorsitz	Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP)
Protokoll	Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II
Präsenz	34 Mitglieder
Entschuldigungen	Marco Valetti (SVP) Bernhard Stüssi (SVP) Andreas Baschnagel (SVP) Ilaz Kadriji (SP) Marcel Mösch (SP) Barbara Scheidegger (CVP)
Versand	06. Januar 2015
Genehmigung	Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 30. Januar 2015 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP), eröffnet die 234. Sitzung des Einwohnerrates und heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die anwesenden Gäste und die Pressevertreter willkommen. Speziell begrüsst er Jürg Baur, Präsident Einwohnerrat Brugg und den Schulleiter von Windisch, Martin De Boni.

T r a k t a n d e n l i s t e

- | | |
|------------|--|
| 1 | Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten |
| 2 | Gesuch um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes |
| 21 2014.45 | Marco Tuveri, Italien |
| 22 2014.46 | Julija Barac, Kroatien |
| 23 2014.47 | Moria Guerriero, Italien |
| 24 2014.48 | Mauro und Diana Gomes, Portugal |
| 25 2014.49 | Familie Parameswaran Sivasubramaniam, Sri Lanka |
| 3 2014.43 | Budget 2015 der Einwohnergemeinde (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe); Genehmigung |
| 4 2014.44 | Antrag Besitzstandswahrung Pensionskasse |
| 5 2014.51 | Verpflichtungskredit Gesamtrevision Nutzungsplanung Phase II - Umsetzung |
| 6 2014.40 | Liegenschaften Verwaltungsvermögen; Verkauf Feuerwehrlokal |
| 7 2014.52 | Zusatzkredit Erneuerung Wasserleitung und EW-Rohrblock mit Kabelersatz, Gaswerkstrasse, Bereich SBB-Damm |
| 8 2014.28 | Verpflichtungskredit Verlängerung Pilotphase Treffpunkt Integration |
| 9 2014.41 | Kreditabrechnungen; Genehmigung |
| 10 2014.53 | Kreditabrechnung Sanierung Bezirksschulhaus; Genehmigung |
| 11 2014.36 | Motionen „Förderung erneuerbarer Energie - Reduktion Atomstrom“; „Spar-samer Umgang mit elektrischer Energie“; Beantwortung |
| 12 2014.29 | Postulate Campussaal; Beantwortung |
| 13 2014.30 | Motion Barbara Scheidegger (CVP) und Mitunterzeichner betreffend Vergütungen aus Verwaltungsräten, Kommissionen usw.; Beantwortung |
| 14 2014.42 | Berichte / Zwischenberichte zu parlamentarischen Vorstössen |
| 15 2014.39 | Motion Martin Schibli (EVP) Reduktion der Strassenbeleuchtung, Überweisung |
| 16 | Beantwortung von gestellten Fragen |
| 17 | Mitteilungen des Gemeinderates |
| 18 | Neueingänge |

1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP):

Anlass mit dem Einwohnerrat Brugg

Am gemeinsamen Anlass mit dem Einwohnerrat Brugg am 19. September haben auch zahlreiche Gemeinderäte teilgenommen. Unter dem Motto "Grenzen überschreiten" führte ein Spaziergang vom Campusareal, mal diesseits, mal jenseits der Grenze, zum Rekrutierungszentrum. Kontakte wurden gepflegt und es wurde über den Ausbau der Kläranlage und den Betrieb und die Abläufe im Rekrutierungszentrum informiert. Ein reichhaltiger Apéro bildete den Schlusspunkt. Der Anlass ist aus Sicht der Präsidenten gut gelungen. Herzlichen Dank für die zahlreiche Teilnahme und die engagierten Gespräche.

Sitzungsablauf

Gestützt auf die Rückmeldungen aus den Fraktionen hat das Büro beschlossen, dass eine allfällig notwendige Doppelsitzung wie bisher am darauffolgenden Mittwoch stattfindet.

Einwohnerratssitzung vom Januar 2015

Infolge fehlender behandlungsreifer Geschäfte findet im Januar 2015 keine Einwohneratssitzung statt.

Verschiebung Traktandum 6 auf nächste Sitzung

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Der Gemeinderat beantragt, die Beratung des Traktandums 6 „Liegenschaften Verwaltungsvermögen; Verkauf Feuerwehrlokal“ auf die nächste Sitzung zu verschieben. Die kurz vor dem Mittag eingetroffenen Anträge eines Stimmbürgers erfordern nochmals intensive Gespräche mit allen Partnern. Der Gemeinderat will, dass der Einwohnerrat seinen Beschluss auf einer fundierten Basis fassen kann.

Matthias Knecht (FDP): Ich beantrage über die Änderung der Traktandenliste abzustimmen.

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP): Über die Traktandenliste muss ohnehin abgestimmt werden. Es wurden zwei Motionen mit Antrag auf dringliche Behandlung

eingereicht: „Einführung eines internen Kontrollsystems“ und „Wirtschaftliche Gesundung der Einwohnergemeinde Windisch“.

Philipp Umbricht (FDP): Die Dringlichkeit der Motionen basiert auf dem Budget 2015. Die Zukunftsaussichten sind schlecht, die Kreditabrechnungen sind mangelhaft. Diese zwei Motionen sollen die Gemeinde vorwärts bringen. Da im Januar keine Sitzung stattfindet, kann der Gemeinderat bei einer Überweisung erst im März 2015 mit der Arbeit beginnen und die Auswirkungen wären erst im Budget 2017 sichtbar. Dies ist für uns zu spät.

Offene Abstimmungen Traktandenliste
(erforderlich 2/3-Mehrheit)

Antrag Gemeinderat auf Verschiebung Traktandum 6 auf die nächste Sitzung
Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag mit 28 Stimmen zu.

Philipp Ammon (SVP): Ich beantrage unsere Motion „Öffentlicher Verkehr in Unterwindisch“ ebenfalls dringlich zu behandeln.

Dringlichkeitserklärung Motion IKS
Der Einwohnerrat stimmt der dringlichen Behandlung mit 28 Stimmen zu.
Aufnahme als zusätzliches Traktandum 16.

Dringlichkeitserklärung Motion "Wirtschaftliche Gesundung der Einwohnergemeinde Windisch"
Der Einwohnerrat lehnt den Antrag auf dringliche Behandlung mit 20 Stimmen ab.

Motion „Öffentlicher Verkehr in Windisch“
Der Einwohnerrat stimmt der dringlichen Behandlung mit 31 Stimmen zu.
Aufnahme als zusätzliches Traktandum 17.

Protokoll

Das Einwohnerratsbüro hat das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 26. März 2014 mit einer Änderung genehmigt: Auf Seite 43 ist im Votum von André Gigandet der Betrag auf Fr. 137'000.00 zu korrigieren.

2 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes

21 2014.45

Tuveri Marco, Italien

(gemeinderätliche Botschaft vom 1. September 2014)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Marco Tuveri wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

22 2014.46

Barac Julija, Kroatien

(gemeinderätliche Botschaft vom 1. September 2014)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Julija Barac wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

23 2014.47

Guerriero Moira, Italien

(gemeinderätliche Botschaft vom 1. September 2014)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 31 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Moira Guerriero wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

24 2014.48

Almeida Gomes, Mauro und Correia Gomes, Diana, Portugal

(gemeinderätliche Botschaft vom 1. September 2014)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Mauro Almeida Gomes und Diana Correia Gomes wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

25 2014.49

Parameswaran, Sivasubramaniam und Thajani, mit ihren Kindern Ashvini und Athiska, von Sri Lanka

(gemeinderätliche Botschaft vom 18. September 2014)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 30 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Sivasubramaniam und Thajani Parameswaran und ihren Kindern Ashvini und Athiska wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

3 2014.43

Budget 2015 der Einwohnergemeinde (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe); Genehmigung

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Das Budget zeigt auf, welche finanziellen Mittel für die Erfüllung der Aufgaben notwendig sind. Wir wollen diese gemeinsam angehen und beschliessen. Die Fraktionen haben die detaillierten Informationen studiert, diskutiert, Ideen entwickelt und eine Haltung formuliert.

Die grossen Herausforderungen aus dem Jahre 2013 setzen sich für die Verwaltung 2014 fort: Krankheitsbedingte Ausfälle, Pensionierungen und Stellenwechsel an zentralen Funktionen. Zusätzlich kam die Umstellung auf HRM2, welche eine spezielle Schulung des Personals erforderte.

Der Gemeinderat hat zu Beginn der neuen Amtsperiode die Legislaturziele und die Finanzstrategie festgelegt. Er hat sich in den ersten vier Monaten intensiv mit der allgemeinen Entwicklung, mit den Zielsetzungen und den Prioritäten der nächsten vier Jahre auseinandergesetzt. Einzelne Haltungen wurden bewusst zur Kenntnis genommen, zentral war, sich auf eine gemeinsame Zielsetzung zu einigen. Die Finanzstrategie wurde ebenfalls diskutiert und festgelegt. Diese Prozesse haben viel Zeit in Anspruch genommen. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass einzelne Themen weiter diskutiert werden müssen.

Ein guter Start für die neuen Gemeinderäte hatte erste Priorität. Eine gemeinsame finanzielle Zielsetzung, den Mitarbeitenden nach einem ausserordentlichen Jahr die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken, wo möglich und beeinflussbar, den permanenten

Druck von der Verwaltung etwas zurückzunehmen und die Kompetenzen in den verschiedenen Abteilungen zu regeln, waren weitere Arbeitsschwerpunkte.

Der Gemeinderat hat das Budget 2015 intensiv diskutiert. Wo zeitlich möglich, werden die Botschaften für die Investitionen und die Aufgabenerfüllungen bereits zur Genehmigung unterbreitet. Der Gemeinderat hält mit Nettoinvestitionen von knapp 1,4 Mio. Franken sein in Zusammenhang mit der Sanierung des Bezirksschulhauses gemachtes Versprechen ein. Das Budget enthält ein reduziertes Investitionsvolumen.

Die finanziellen Mittel sind ausgewogen verteilt. Die Selbstfinanzierung beträgt 96%, die Verschuldung bleibt in etwa auf dem Stand von 2014. Durch die jährliche sorgfältige Überarbeitung der Finanzplanung ist dem Gemeinderat schon länger bewusst, dass er mit der FiGPK, der Finanzplanprüfungskommission und den Fraktionsvertretungen die weitere Entwicklung der Gemeinde und der Finanzen diskutieren muss. Wir haben die Auswirkungen der Steuergesetzrevision mit den Ausfällen 2014 und 2015, das Ergebnis der Verhandlungen über die Schulgelder mit den Aussengemeinden und die Entwicklung der Einwohnerzahlen abgewartet. Der nächste Finanzworkshop findet in der ersten Jahreshälfte 2015 statt. Ziel ist, für die Finanzplanung und das Budget 2016 die Grundlagen, sicher die Grundhaltung, zu erarbeiten.

Als Ressortvorsteherin Finanzen ist mir wichtig, die Haltung des Gemeinderates nochmals aufzuzeigen. Im Budget 2015 sind die finanziellen Mittel ausgewogen und sorgfältig auf alle Bereiche verteilt: Für die Gemeinde, für die Entwicklung der Gemeinschaft, wie Jugend, Familie und Alter, Unterhalt Hoch- und Tiefbau, die Kultur und natürlich die Bildung. Unsere Situation ist nach wie vor sehr angespannt und lässt sich weder auf die eine, noch auf die andere Seite strapazieren. Dieses Vorgehen hat sich in den letzten Jahren bewährt.

Die Verdichtung und Entwicklung im Zentrum ist im Gange. Windisch wird als Gemeinde mit intakten Strukturen wahrgenommen, die gute Beziehungen zu den Nachbargemeinden und in der Region pflegt. Es wird zielbewusst, in Berücksichtigung der Situation, gehandelt. Der Gemeinderat beantragt, das Budget 2015 mit einem Steuerfuss von 118% zu genehmigen.

Heiko Loretan Kühnis, Präsident FiGPK (CVP): Im Namen der FiGPK danke ich Marco Wächter für die sehr gute Dokumentation und für die prompte Beantwortung aller Fragen. Die Kommission ist sich einig, Windisch hat einen sehr guten Finanzverwalter. Das Budget 2015 sieht ein Defizit von knapp Fr. 450'000.00 vor, um diesen Betrag wird die Verschuldung zunehmen. In Berücksichtigung dieser Tatsache und gestützt auf die geplante weitere Verschuldung von 9 Mio. im Finanzplan 2014–2023 hat die FiGPK die Ein-

führung einer institutionalisierten Schuldenbremse diskutiert. Diese fand jedoch keine Mehrheit.

Trotz viel neuem Wohnraum und der prognostizierten Bevölkerungszunahme von 2.4% im Budget 2015 nimmt der Steuerertrag, im Gegensatz zum Kanton, nicht zu. Unsere strukturellen Probleme bleiben eine grosse Herausforderung. Unser Steuerertrag deckt die Ausgaben nur knapp. Ob das angestrebte Wachstum wirklich den geplanten Erfolg bringt, wird sich erst in einigen Jahren zeigen. Gut ist, dass wir nächstes Jahr 1.7 Mio. Franken aus dem kantonalen Finanz- und Lastenausgleich erhalten.

Die Finanzkennzahlen belegen die schwierige Lage. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt Fr. 3'200.00. Diese liegt 40% über dem definierten Höchstwert des Kantons. Der Einwohnerrat trägt die Verantwortung, dass die Verschuldung nicht mehr zunimmt.

Die Empfehlungen wurden vor den dringlichen Motionen formuliert. Es bleibt nur die Empfehlung, das Budget anzunehmen, ansonsten ist jedes Projekt ein finanzieller Blindflug. Über die zentralen Aufgaben von Windisch wurde viel diskutiert. Wir bieten viel an, die Aussengemeinden profitieren und haben trotzdem das Gefühl, dass sie zu viel bezahlen müssen. Anstatt kleine Beträge zu diskutieren, schlagen wir dem Gemeinderat die generelle Überprüfung unseres Angebotes vor. Es ist aufzulisten, welche Kosten diese verursachen und in welchem Umfang die Aussengemeinden profitieren und sich finanziell beteiligen. Dieses Gesamtpaket mit dem Ungleichgewicht soll den Aussengemeinden unterbreitet werden. Ziel ist, dass sich diese an den von Windisch finanzierten regionalen Angeboten beteiligen.

Selbstverständlich empfehlen wir, die kantonalen Vorgaben der Finanzkennzahlen einzuhalten. Diese können in Frage gestellt werden, erhöhen aber auch die Transparenz.

Die FiGPK empfiehlt die Annahme des Budgets 2015 und dankt für die geleistete Arbeit. Es liegt am Einwohnerrat regulierend einzuwirken.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Philipp Umbricht (FDP): Die FDP-Fraktion dankt der Verwaltung, speziell dem Finanzverwalter, und dem Gemeinderat für die rechtzeitige Zustellung des Budgets. Der Budgetprozess ist keine einfache Aufgabe. Besten Dank an die Mitarbeitenden für die rasche Beantwortung der gestellten Fragen. Einmal mehr danke ich der FiGPK für die sehr wertvolle Arbeit. Die Kosten für einen externen Einkauf wären wesentlich höher als die Entschädigung der FiGPK.

Der Steuerfuss verharrt unverändert auf hohem Niveau. Das prognostizierte Defizit von Fr. 450'000.00 ist ernüchternd und unbefriedigend. Die Schuldenlast ist nicht mehr tolerierbar, die finanzielle Situation dramatisch. Merkwürdig ist, dass die angesprochenen Massnahmen zur Schuldenreduktion im Budget nicht zu finden sind. Das Budget 2015 belegt vor allem die Tatsache, dass aufgrund des Vorgehens in den letzten Jahren keine Besserung zu erwarten ist. Die verschiedenen Einsparungen sorgen nur dafür, dass der Status beibehalten werden kann. Die Schulden werden nicht reduziert und die Verhandlungsfreiheit nimmt weiter zu.

Der Einwohnerrat muss Strategien entwickeln, um die Gemeinde aus dem finanziellen Sumpf herauszuholen. Die Taube auf dem Dach, zum Beispiel 10 Mio. Einnahmen aus der Kreisschule, müssen wir definitiv vergessen, wir müssen uns dem Spatz in der Hand widmen. Einer genügt nicht, wir benötigen einen Schwarm, davon bin ich überzeugt. Der Einwohnerrat muss sich mit der Erfüllung der Kernaufgaben der Gemeinde auseinandersetzen. Wie gehen wir mit den Zentrumslasten um? Wie werden die Nutzniesser der Zentrumsangebote finanziell eingebunden? Der Rat darf nicht nur schöne Worte machen, er muss handeln und das eine oder andere Angebot streichen. Windisch wird sonst als Bittsteller nicht mehr ernstgenommen, die Lage unserer Nachbargemeinden ist auch enger geworden.

Wir haben uns deshalb weniger mit den Details, sondern vielmehr mit der Zukunft auseinandergesetzt. Die Folge ist die Motion "Wirtschaftliche Gesundung der Einwohnergemeinde Windisch", der die Dringlichkeit abgesprochen wurde. Wir stimmen dem Budget zu, werden aber diverse Änderungen beantragen.

Paul Bitschnau (SP): Die Erarbeitung des Budgets ist eine sehr schwierige, fast unmögliche Aufgabe. Das Zusammenspiel aller beteiligten Stellen ermöglicht am Schluss eine verlässliche Prognose für das nächste Jahr. Ich danke allen Beteiligten für die geleistete Arbeit.

Unsere finanziellen Herausforderungen werden immer wieder angesprochen: Tiefe Steuereinnahmen, tiefe Investitionsquote, Zentrumsfunktionen, steigende Spitalkosten, Löhne der Lehrpersonen und vieles mehr. Das Dessert ist die Steuergesetzrevision, diese schränkt unseren Handlungsspielraum noch zusätzlich ein. Die Wachstumsstrategie zeigt bisher keinen Erfolg, im Gegenteil, wir nehmen weniger als erhofft ein. Mehr Einwohner lösen auf der anderen Seite mehr Investitionen aus.

Die SP anerkennt, dass der Gemeinderat bemüht ist, die Finanzen fair und gleichmässig auf die einzelnen Budgetposten zu verteilen. Der sehr schwierige Verhandlungsprozess mit den Aussengemeinden für kostendeckende Schulgelder steht kurz vor dem Ab-

schluss. Die SP anerkennt auch den Einsatz von Gemeindeammann Heidi Ammon in der IG Fairer Finanzausgleich.

Es braucht Zeit bis die Entwicklung von Windisch Auswirkungen zeigt. Wir erreichen das Gegenteil, wenn wir in Panik und Hektik verfallen. Windisch muss attraktiv bleiben, der Steuerfuss ist in der Attraktivitätsrangliste an 9. Stelle. Unser Angebot macht Windisch attraktiv.

Die Steuerfussdiskussion ist sehr spannend. Ich erwarte, dass die FDP aufgrund des ausgewiesenen Defizites eine Erhöhung des Steuerfusses beantragt, anstatt mit Sparübungen aufzutrupfen. Es wird gespart, dass es etwas länger dauert, bis wir Auswirkungen sehen, ist ein anderes Thema. Aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen haben wir für das prognostizierte Defizit Verständnis. Es ist falsch, kurzfristig in Panik zu geraten. Langfristig sind kreative Lösungen, sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite, gefragt. Hier ist der Einwohnerrat gefordert.

Ein spezielles Danke der FiGPK für die grosse Arbeit, diese ist alles anderes als selbstverständlich. Die SP stimmt dem Budget 2015 zu.

Toni Burger (CVP): Das Budget 2015 weist trotz Beitrag aus dem Finanzausgleich von 1.1 Mio., dem Ausgleichsbeitrag Spitalfinanzierung von Fr. 600'000.00 und einem Eigenkapital von 60.7 Mio. Franken, ein Defizit von rund Fr. 450'000.00 aus. Es ist möglich, die Defizite noch einige Jahre auszugleichen, dies löst jedoch unser Problem nicht.

Für die Finanzierung der Investitionen stehen 1.3 Mio. Franken zur Verfügung. Der Gemeinderat hat sein Versprechen eingehalten und die Investitionen 2015 reduziert. Diese können grösstenteils aus eigenen Mitteln finanziert werden.

Wir haben über die Rückweisung des Budgets diskutiert. Das Ziel wäre ein ausgeglichenes Budget. Bei verschiedenen Erträgen bestehen Unsicherheiten, der Fehlbetrag kann sich noch erhöhen. Trotzdem treten wir auf das Budget ein. Wir danken allen Beteiligten für die umfassenden Dokumentationen und die Beantwortung unserer Fragen.

Die Verschuldung pro Einwohner nimmt auf Fr. 3'200.00 zu, die Schulden betragen 24 Mio. Franken. Der durch die höhere Einwohnerzahl generierte höhere Steuerertrag wird durch die Steuergesetzrevision gleich wieder aufgehoben. Weitere Steuergesetzrevisionen sind zwingend abzulehnen. Weitere Steuerausfälle sind bereits 2016 zu erwarten.

Die Beiträge an die Pflegeheimkosten und die Krankenpflege, beispielsweise die Spitex, nehmen stetig zu. Die Spezialfinanzierungen weisen gesamthaft einen Einnahmenüberschuss aus. Die Defizite beim Wasser, Abwasser und der Abfallbewirtschaftung sind durch die Rücklagen abgedeckt. Beim EW decken die Strompreise den Aufwand nicht, der Netzbetrieb prognostiziert jedoch ein positives Ergebnis.

Mit dem Budget werden Budgetkredite von Fr. 780'000.00, ohne detaillierte Vorlagen, beantragt. Mit der Genehmigung des Budgets bewilligen wir auch diese Kredite. Trotz des engen finanziellen Spielraums diskutieren wir kein Sparbudget. Zusätzliche Einsparungen sind möglich, damit der Steuerfuss nicht erhöht werden muss.

Die Empfehlungen der FiGPK für eine nachhaltige Sanierung der Gemeindefinanzen unterstützen wir, ebenso die beiden Motionen. Wir treten auf das Budget ein und hoffen, dass der Gemeinderat mit weiteren Sparbemühungen eine ausgeglichene Rechnung vorlegen kann.

Pascal Schlegel (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion danke ich allen Beteiligten und der FiGPK für die geleistete Arbeit. Die SVP stimmt dem Budget ohne Vorbehalte zu.

Martin Schibli (EVP): Die EVP-Fraktion schliesst sich dem Vorredner vollumfänglich an.

Detailberatung Budgetbericht

Keine Diskussion.

Detailberatung Budget

Toni Burger (CVP): Die Schulgelder werden neu auf Betriebs- und Anlagekosten auswärtige Schüler verteilt. Ist dies auf die Verhandlungen mit den Aussengemeinden zurückzuführen? Können dazu weitere Informationen abgegeben werden?

Peter Vismara (FDP): Ich beantrage, die Position 5442.3010.00 um die Entschädigung des Praktikanten, inkl. Sozialleistungen, von Fr. 32'020.00 zu kürzen. Die finanzielle Lage von Windisch ist sehr kritisch. In verschiedenen Bereichen, wie Schulstandort oder Schwimmbad trägt Windisch als Zentrumsstandort unverhältnismässig hohe Lasten, die Aussengemeinden hingegen profitieren von diesen Angeboten. Windisch muss sich stärker auf seine Kernkompetenzen und Eigeninteressen konzentrieren. Die Zentrumsfunktion und die finanziellen negativen Folgen gelten auch für den Jugendtreff. Es ist schön und wichtig, dass er auch von Jugendlichen aus Aussengemeinden genutzt wird, nur leisten diese leider keine Kostenbeiträge. Die FDP-Fraktion steht hinter dem Betrieb des Jugendtreffs, erachtet jedoch die Reduktion als vertretbar.

Toni Burger (CVP): Im Konto 5330 Leistungen an Pensionierte sind die Überbrückungsrenten gemäss Personalreglement für die vorzeitig Pensionierten budgetiert. Sind in die-

sem Konto alle Kosten enthalten? Ist mit weiteren Aufwendungen zu rechnen, welche im Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt waren? Für die Besitzstandswahrung Pensionskasse liegt eine separate Vorlage vor. Die Genehmigung des Budgets muss deshalb unter dem Vorbehalt der Zustimmung zum nächsten Traktandum erfolgen.

Peter Vismara (FDP): Ich beantrage die Position 5446.3010 Löhne Regionales Jugendkonzept zu streichen. Die Gründe und Argumente gelten analog Jugendtreff: Kritische Finanzlage, übermässige Belastung als Zentrumsgemeinde. Die Belastung von Windisch wird noch grösser und erhöht sich von Fr. 3.30 auf Fr. 5.20/Einwohner, weil Brugg aus dem Projekt ausgestiegen ist. Die FDP erachtet den Antrag als gerechtfertigt. Existiert eine bessere Lösung für Windisch, wird die FDP diese gerne prüfen.

Rosi Magon, Vizeammann (SP): Heiko Loretan hat ausgeführt, wie wir in Zukunft auf die Aussengemeinden zugehen sollen. Es ist mir nicht möglich, als freudestrahlendes Christkind aufzutreten, bis jetzt wurde ich nur als Überbringerin von schlechten Nachrichten angesehen.

Dies entspricht auch nicht der Verhandlungsstrategie des Gemeinderates. Gestützt auf die Ergebnisse der Workshops in der letzten Amtsperiode hatte die Bildung einer Kreisschule oberste Priorität. Diesen Plan mussten wir bereits in der ersten Sitzung begraben. Die Bildung einer Kreisschule, mit einem Einkauf von 10 Mio. Franken, kommt für niemanden in Frage. Der Gemeinderat konnte die beteiligten Gemeinden überzeugen, eine Vollkostenrechnung für die Basis der Schulgelder zu diskutieren. Diese Verhandlungen dauern seit April 2013 an. Es ist ein hartes Ringen, auch die Aussengemeinden haben hohen finanziellen Druck. Die Schulgeldverordnung ist rechtlich verbindlich. Es wird nicht akzeptiert, dass Windisch mit einer Vollkostenrechnung davon abweichen will. Verschiedene Parameter nach HRM2 (Schule, Lehrerschaft, Betriebskosten) wurden aufgenommen. Wir konnten uns auf eine Vertragslösung einigen, im Moment sind harte Gespräche um kleinere oder grössere Beiträge im Gange. Ich hoffe, dass wir einen guten Konsens finden. Mit den im Budget eingestellten Beträgen dürfen wir rechnen, eine entsprechende Vorlage wird dem Einwohnerrat wahrscheinlich im Juni vorgelegt.

Christoph Haefeli, Gemeinderat (SP): Nina Forte, die Leiterin des Jugendtreffs, hat in den letzten zwei Jahren mit einem Pensum von 50% gearbeitet, obwohl im Budget 60% vorgesehen waren. Die nicht benutzten 10% werden für Praktikanten eingesetzt, die ein Studium an der Fachhochschule Pädagogik absolvieren. Ein erster Praktikant hat 2014 im Sozialdienst und im Jugendtreff gearbeitet. Die Erfahrungen waren sehr positiv.

Der Betrag von Fr. 32'000.00 ist zu hoch. 10% entsprechen etwa Fr. 10'000.00, die bisher nicht beansprucht wurden. Ein Praktikant wird mit einem Pensum von 60% angestellt, was Kosten von rund Fr. 20'000.00 verursacht. Irrtümlicherweise wurden dafür Fr. 32'000.00 budgetiert, dieser Betrag könnte um Fr. 10'000.00 gekürzt werden. Der Einsatz von Praktikanten während eines halben Jahres wird sehr geschätzt. Sie unterstützen die praktische Arbeit im Jugendtreff und Nina Forte hat eine Ansprechperson, mit der sie sich austauschen kann. Wichtig ist auch, dass die Jungen einen männlichen Ansprechpartner haben. Die Arbeit müsste mit Fr. 20'000.00 machbar sein.

Rosi Magon, Vizeammann (SP): Seit drei Jahren arbeitet der Gemeinderat an der Regionalisierung der Jugendarbeit. Die angekündigte Vorlage verzögert sich weiter, weil die Kostenbeiträge noch in Verhandlung sind. Ende 2014 läuft das dreijährige Projekt aus. Das Leitungsgremium hat entschieden, dieses um ein weiteres Jahr zu verlängern, um eine Lösung für die Regionalisierung zu finden und für alle Jugendlichen eine Jugendarbeit anzubieten. Wir benötigen den budgetierten Betrag um das Konzept abzuschliessen.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Bei den Überbrückungsrenten ist eine Person noch nicht berücksichtigt. Diese hat den Antrag nach Abschluss des Budgetprozesses eingereicht. Der Betrag wird sich um Fr. 14'000.00 erhöhen.

Toni Burger (CVP): In der Position 9901.3130.01 Dienstleistungen Dritter sind für ein Qualitätsmanagement Bauamt Fr. 20'000 Franken budgetiert? Was ist der Zweck und ist es richtig, dass dies nicht in Zusammenhang mit dem IKS steht?

André Gigandet, Verwaltungsleiter: Beim Qualitätsmanagementsystem QMS werden Prozesse definiert und Abläufe festgehalten. Beim Bauamt ist sehr wenig dokumentiert. Das IKS legt den Blickwinkel auf die Finanzen, mit dem QMS soll die bestmögliche Qualität beim Bauamt erreicht werden.

Toni Burger (CVP): Werden externe Leistungen eingekauft?

André Gigandet, Verwaltungsleiter: Zum Aufbau des Systems wird eine externe Beratung beigezogen.

Offene Abstimmungen

Antrag Peter Vismara (FDP): Reduzierung der Löhne Praktikanten Jugendtreff

Der Einwohnerrat fasst mit 17 Ja- gegen 15 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat stimmt der Reduzierung der Position 5442.3010.00 Jugendtreff Löhne um Fr. 32'020.00 (Entschädigung an Praktikanten), plus allfällige damit im Zusammenhang stehende Soziallasten, zu.

Antrag Peter Vismara (FDP): Streichung des Beitrags an das Regionale Jugendkonzept

Der Einwohnerrat fasst mit 18 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat stimmt der Streichung der Position 5446.3130.01 Regionales Jugendkonzept im Betrag von Fr. 37'440.00 zu.

Marco Wächter, Leiter Finanzen: Der Aufwandüberschuss beträgt Fr. 393'800.00, die Selbstfinanzierung 1.42 Mio. Franken. Die Schulden gehen um Fr. 11'660.00 zurück.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Mit dem Praktikanten besteht ein Anstellungsvertrag bis Ende März 2015. Wir müssen den Lohn noch während drei Monaten bezahlen. Ein neuer Praktikant wird nicht mehr gesucht.

Rosi Magon, Vizeammann (SP): Ich bedaure sehr, dass der Einwohnerrat den Beitrag an das Regionale Jugendkonzept gestrichen hat. Das Projekt ist somit gestorben, die anderen Gemeinden werden sich nicht einsetzen. Unklar sind auch die Auswirkungen auf die Schulgeldverhandlungen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 25 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Budget der Verwaltungsrechnung der Einwohnergemeinde, inklusive Eigenwirtschaftsbetriebe, für das Rechnungsjahr 2015 wird mit einem Steuerfuss von 118 % genehmigt.

Mathias Richner, Einwohnerratspräsident (EVP): Ich danke dem Gemeinderat, Gemeindeammann Heidi Ammon und Finanzverwalter Marco Wächter für die Erarbeitung der guten Grundlagen. Ein Dank geht auch an die FiGPK für den ausführlichen Bericht.

4 2014.44

Antrag Besitzstandswahrung Pensionskasse

(gemeinderätliche Botschaft vom 8. September 2014)

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Der Entscheid des Einwohnerrates, aber auch das Votum von Vizeammann Rosi Magon sind zu respektieren. Bevor anfangs November der definitive Schulgeldentscheid vorliegt, muss der Gemeinderat über diesen Beschluss informieren. Ich hoffe, dass die intensive Arbeit, aber auch die harten Verhandlungen zu Ende geführt werden können und keine neue Opposition entsteht. Der Gemeinderat wollte jedes Thema einzeln angehen. Die Zusammenarbeit und die Verhandlungen mit den Aussengemeinden sind äusserst schwierig, wir hören immer wieder „Ja, aber...“

Bei der Einführung zum Budget habe ich die Reaktion des Gemeindeinspektorates nicht erwähnt. Ich habe die Voten von FiGPK und FDP gut gehört. Fakt ist, dass uns das Gemeindeinspektorat den Auftrag erteilt hat, unsere finanziellen Probleme selbst zu lösen. Wir erhalten keine Unterstützung, obwohl, wie die FiGPK zu Recht erwähnt, die Kennzahlen vom Kanton vorgegeben werden. Der Gemeinderat hat in dieser Sache das Gespräch mit dem Gemeindeinspektorat vergeblich gesucht.

Nebst dem Gemeindeinspektorat ist die Region mit den Nachbargemeinden gegeben. Die Situation ist sehr schwierig, alle Gemeinden spüren die Steuergesetzrevision. Selbst in Gemeinden, wo es nicht erwartet würde, wird von Steuerfusserhöhung gesprochen. Der Gemeinderat setzt sich ein, um den Steuerfuss zu halten. Er ist aber darauf angewiesen, dass politisch die richtigen Zeichen gesetzt werden. Der Gemeinderat ist bei der Kommunikation der gefällten Entscheide auf die Unterstützung des Einwohnerrates angewiesen.

Der Einwohnerrat hat 2007 dem Wechsel der Pensionskasse und der Besitzstandsgarantie zugestimmt. Der Gemeinderat hat den Auftrag ernst genommen und vorsichtig geprüft, in welchem Zeitpunkt eine Auflösung sinnvoll und gegenüber den Mitarbeitenden

richtig ist. Nach Abwägung der Fakten hat der Gemeinderat letztes Jahr entschieden, zwei offene Fälle abzuwarten. Er unterbreitet deshalb dem Einwohnerrat den Antrag, die Besitzstandswahrung bis Ende 2015 zu gewährleisten. Ab 2016 stehen einige Zeit keine frühzeitigen Pensionierungen an. Diese Mitarbeitenden können andere Lösungen suchen. Der Gemeinderat erwartet Verständnis, dass er sich nicht prioritär auf die Kredithöhe, sondern auf die dem Personal zugesicherte, verbindliche Besitzstandswahrung konzentrierte.

Der Gemeinderat beantragt, die Besitzstandswahrung bis 31. Dezember 2015 zu gewährleisten und den Kredit von Fr. 500'000.00 zu genehmigen.

Karin Hefti, Sprecherin FiGPK (FDP): Weshalb muss dieser Antrag beraten werden? Die Mitarbeitenden sind seit 2008 bei der Comunitas BVG-versichert. Der Einwohnerrat hat 2007 für die Besitzstandswahrung einen Verpflichtungskredit von Fr. 425'000.00 beschlossen. Allen in diesem Zeitpunkt angestellten Mitarbeitenden wurde garantiert, dass die Comunitas-Altersleistungen ab 2008 mindestens den im Jahr 2007 in Aussicht gestellten APK-Leistungen entsprechen.

Per 31. Dezember 2013 waren Fr. 385'240.00 des Verpflichtungskredites beansprucht. Rechnerisch stand noch eine halbe Besitzstandsgarantie zur Verfügung. Rückblickend muss festgestellt werden, dass der beantragte Verpflichtungskredit zu tief war, die finanzpolitische Lage war aber auch anders. Für die Besitzstands-Ansprüche der 33 Mitarbeitenden waren Ende 2013 keine finanziellen Mittel mehr vorhanden.

Mit dem Bericht zur Rechnung 2013 verlangte die FiGPK Klarheit und forderte eine Übersicht über die finanziellen Verpflichtungen. Zusätzlich wurde eine Strategie und eine politische Diskussion mit dem Umgang dieser Herausforderung verlangt. In Anbetracht der sich abzeichnenden Kreditüberschreitung sollten keine weiteren Pensionierungen mehr bewilligt werden. Dies wäre aus kreditrechtlicher Sicht unzulässig. Der Gemeinderat hat einer Delegation der FiGPK im Mai eine Vorlage auf die Oktobersitzung 2014 zugesichert. Die FiGPK ging davon aus, dass der Kredit nicht ausgeschöpft und die Vorlage zeitlich nicht kritisch ist.

Diese Botschaft liegt zur Beratung vor. Die FiGPK unterstützt, dass der Beschluss vom 24. Oktober 2007 aufgehoben wird. Die finanzpolitische Situation hat sich erheblich verändert und eine Weiterführung der Besitzstandswahrung hätte grosse Kostenfolgen.

Gemäss Antrag 2 und 3 sollen Mitarbeitende, die spätestens Ende 2015 zwei Jahre vor der ordentlichen Pensionierung stehen und 2007 bereits angestellt waren, unter die Besitzstandsgarantie fallen. Dafür wird ein Zusatzkredit von Fr. 500'000 beantragt.

Die Mitarbeitenden 10 bis 13 erfordern diesen Zusatzkredit. Von den beantragten Fr. 500'000.00 sind bereits Fr. 368'000.00 beansprucht. Die restlichen Fr. 128'000.00 sind für Mitarbeiter 13 bestimmt.

Der Gemeinderat hat für die Mitarbeitenden 10 und 11 bereits im Oktober und November 2013 die Ausfinanzierung von Fr. 280'000.00 beschlossen. Die Pensionierungen erfolgen per 31. Oktober bzw. 30. November 2014. Diese zusätzlich gesprochenen Kosten sind im Rechnungsabschluss 2013 nicht berücksichtigt. Effektiv wurden dem Verpflichtungskredit per 31. Dezember 2013 Fr. 665'000.00 000 belastet, die Kreditüberschreitung belief sich auf Fr. 240'000.00. Unwiderrufliche Zusagen müssen beim Jahresabschluss verbucht werden. Die Verpflichtungen für die Mitarbeiter 10 und 11 hätten entweder auf dem Verpflichtungskredit, als Rückstellung oder als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen werden müssen. Der Rechnungsabschluss ist nicht ordnungsgemäss erstellt worden, für die FiGPK ein gravierendes Vergehen.

Am 1. September 2014 hat der Gemeinderat für Mitarbeiter 12 den Besitzstand von Fr. 128'000.00 für die vorzeitige Pensionierung per 31. Juli 2015 bewilligt. Mit diesem Entscheid wird der Kredit um Fr. 368'000.00 oder 87% überschritten. Der FiGPK fehlt für diesen Beschluss das Verständnis. Ohne Dringlichkeit und ohne den Entscheid des Einwohnerrates abzuwarten genehmigt der Gemeinderat eine weitere Besitzstandsgarantie. Der Gemeinderat hat bewusst eine kreditrechtliche Kompetenzüberschreitung begangen. Gemäss Gemeindegesetz ist der Gemeinderat verpflichtet, die FiGPK über solche Entscheide zu informieren.

Der Gemeinderat wusste spätestens seit Oktober 2013, dass der Kredit überschritten und eine politische Diskussion über einen Zusatzkredit oder die Aufhebung der Besitzstandswahrung geführt werden muss. Die tiefe Verzinsung belegte zusätzlich, dass der Kredit nicht genügt. Der Gemeinderat legt diese Botschaft mindestens ein Jahr zu spät und erst auf Druck der FiGPK vor. Der Gemeinderat hat für den Einwohnerrat entschieden und stellt diesen vor gemachte Tatsachen.

Nicht alle 12 Mitarbeitenden waren bei der Einwohnergemeinde tätig, zwei Mitarbeitende arbeiteten für die Spezialfinanzierungen. Eine entsprechende Kostenaufteilung gemäss Verursacherprinzip muss bei der Erstellung der Kreditabrechnung erfolgen.

Letztes Jahr wurde verschiedentlich kantonales Kreditrecht verletzt. Nebst der Besitzstandswahrung sind zu erwähnen: Sanierung Bezirksschulhaus, Umbau Gemeindehaus, Sanierung Kindergärten. Gemeinderat und Verwaltung sind befugt, bis zur Höhe des bewilligten Kredits Verpflichtungen einzugehen. Ein genehmigter Verpflichtungskredit gibt keine Berechtigung, diesen uneingeschränkt zu nutzen. Entweder muss ein Zusatzkredit

beantragt oder auf die Aufgabe verzichtet werden. Die FiGPK erachtet inskünftig die Einhaltung von Verpflichtungskrediten als zwingend.

Ein institutionalisiertes Internes Kontrollsystem ist wichtig. Eine vorsorgliche Kreditsperre im Sinne eines Ampelsystems ist zu prüfen. Bei festen Verpflichtungen könnten im Verhältnis Verpflichtungen / Kreditsumme prozessuale Vorgaben mit zu definierender Kompetenzregelung eingeführt werden. Ein Projektleiter könnte in Eigenkompetenz nur bis 90% der Kreditsumme verfügen und pro Subkategorie nur im Rahmen der Projektkostenschätzung. Höhere Benutzungen müssten gemäss zu definierender Kompetenzregelung bewilligt werden.

Die FiGPK stellt folgende Anträge:

Die FiGPK empfiehlt dem Einwohnerrat, Antrag 1 des Gemeinderates, also die Aufhebung der Besitzstandsgarantie, anzunehmen.

Die FiGPK beantragt, die Anträge 2 und 3 des Gemeinderates zu streichen und folgende Zusatzanträge zur Abstimmung zu bringen.

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat bis zur ersten Einwohnerratssitzung 2015 die Kreditabrechnung des Verpflichtungskredits "Finanzierung der Besitzstandswahrung für die Mitarbeitenden" aus dem Jahr 2007 vorzulegen.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat bis zur ersten Einwohnerratssitzung 2015 darzulegen, wie das Interne Kontrollsystem IKS inskünftig die institutionalisierte Einhaltung des Kostenrahmens von Verpflichtungskrediten sicherstellt. Dabei ist die Einführung einer vorsorglichen automatischen Kreditsperre vor Erreichen der Kreditlimite zu prüfen (z. B. Ampelsystem).

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Martin Weber (SP): Wir diskutieren über die den Mitarbeitenden zugesagte Sicherheit. Es geht um Vertrauen, um die Besitzstandswahrung. Im Leitbild der Comunitas steht "gesicherte Lebensqualität durch exzellente Dienstleistungen in der beruflichen Vorsorge", dazu das Sprichwort: Geld allein macht nicht glücklich, aber es beruhigt.

Diese Ruhe spüren wir im Moment nicht. Die Lebensqualität der Mitarbeitenden ist nicht gesichert. Der Einwohnerrat hat 2007 den langjährigen Mitarbeitenden die Besitzstandswahrung zugesichert. Sieben Jahre später und nach massiver Überschreitung des Kredits hält der Gemeinderat fest, dass die Belastung zu gross ist. Eine vorsichtige Formulierung, ehrlicher wäre die Aussage, dass die Gemeinde diesen Beschluss und die

Versprechungen nicht mehr einhalten kann. Der Einwohnerrat und der Gemeinderat haben damals die Lage falsch eingeschätzt, waren zu naiv, zu gutgläubig und zu optimistisch.

Die Vorlage stellt die Verpflichtungssituation klar. Es ist schmerzhaft, bedauerlich und für die Betroffenen ungerecht, dass der Beschluss von 2007 aufgehoben wird. Guter Rat ist teuer, eine überzeugende Lösung gibt es nicht.

Wie entsteht eine solch hohe Kreditüberschreitung? Weitere Zusagen für die Ausfinanzierung sind offen und wurden wenige Tage vor der Erarbeitung der Botschaft beschlossen. Der Gemeinderat richtete offensichtlich seinen Fokus als Arbeitgeber auf die Mitarbeitenden und nicht auf den Kredit. Leider hat er nie offen über die Situation informiert. Das Vorgehen ist menschlich einfühlsam und spricht für einen guten Arbeitgeber, formell aber alles andere als erfreulich. Das immer wieder angesprochene IKS ist umzusetzen.

Wie gehen wir mit Mitarbeitenden um, welche noch Auszahlungen aus der 2007 garantieren Besitzstandswahrung erwarten? Realistisch gesehen, muss diese Besitzstandswahrung aufgehoben werden. Dies führt zu zwei Klassen von Mitarbeitenden: Diejenigen die ihr Guthaben bereits bezogen haben und diejenigen, welche dieses Geld nie sehen werden. Der Zeitpunkt für diesen Schritt ist unwichtig, er ist in jedem Falle ungerecht. Der Gemeinderat unterbreitet 5 Varianten und beantragt Variante 3, hier ist Mitarbeiter 13 ebenfalls integriert, zu genehmigen. Wir haben in der Fraktion sehr intensiv diskutiert. Eine Mehrheit wird diesen Vorschlag unterstützen.

Heiko Loretan (CVP): Ernst Moor hat am 24. Oktober 2007 im Namen der CVP-Fraktion festgehalten: "Die Besitzstandswahrung basiert auf einem festgelegten Zinssatz, welcher entsprechende Erträge abwirft. Müssen wir mit Nachzahlungen rechnen?" Die Antwort lautete: „Bei der Berechnung der Besitzstandswahrung haben wir vorsichtshalber mit dem Zinsfuss der APK von 2,5 % gerechnet. Damit schliessen wir jegliches Risiko aus." Die Situation wurde von Beginn an völlig falsch eingeschätzt.

Wir haben den FiGPK-Antrag lange diskutiert. Was kann noch geändert werden, nachdem Beschlüsse und Zusagen vorliegen? Der CVP-Fraktion geht es um das Prinzip, der Gemeinderat kann und darf einen Kredit nicht einfach um 87% überschreiten. Wir schätzen es nicht, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Wir unterstützen deshalb die Anträge der FiGPK. Der laufende Kredit ist sauber abzurechnen, anschliessend ist der Entscheid von 2007 aufzuheben. Die CVP wünscht, dass der Gemeinderat endlich das IKS einführt.

Unsere Haltung richtet sich nicht gegen die Besitzstandswahrung von Mitarbeiter 13, der nun im luftleeren Raum steht. Der Gemeinderat kann im März 2015 einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Philipp Umbricht (FDP): Wir haben ebenfalls lange über das Vorgehen diskutiert. Wo ziehen wir den Schlusstrich? Egal wo er gezogen wird, es wird nie gerecht sein. Wir ziehen den Schlusstrich bei Mitarbeiter 12, Antrag 1 ist wie folgt zu ändern: Der Einwohnerrat hebt den Beschluss vom 24. Oktober 2007 betreffend Besitzstandswahrung Pensionskasse per sofort auf.

Anträge 2 und 3: Der Einwohnerrat beschliesst für die bereits vom Gemeinderat zugesicherten Besitzstandswahrungen für die Mitarbeiter 10 bis 12 einen Zusatzkredit von Fr. 367'841.00.

Pascal Schlegel (SVP): Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderates nach langer Diskussion zu. Wir haben für das Handeln des Gemeinderates Verständnis. Eine Ablehnung des Antrages kann gravierende Folgen haben.

Reto Candinas (SP): Der Entscheid von 2007 muss aufgehoben werden. Wir können uns diesen Beschluss schlichtweg nicht leisten, er hätte längst aufgehoben werden müssen. Schuldzuweisungen zu machen ist einfach. Gemeinderat und Einwohnerrat hätten längst merken müssen, dass die Zahlen nicht mehr tragfähig sind. Verschiedene Fehler sind passiert und ich verstehe die Verärgerung der FiGPK. Stark zu beachten ist, dass wichtige Fragen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer diskutiert werden.

Die Aufhebung des Besitzstandes ist für die Betroffenen extrem schwierig, auf der anderen Seite aber nachvollziehbar. Unsere Mittel erlauben diese Lösung nicht. Egal wo der Schnitt gezogen wird, es ist ungerecht. Diese Ungerechtigkeit kann und soll mit einer Übergangsregelung gemildert werden, wie dies bei schwerwiegenden Entscheiden üblich ist. Die meisten Pensionskassen, welche Kürzungen machen mussten, sind so vorgegangen. Je nach Schnitt haben Mitarbeitende profitiert, andere jedoch verloren. Im Sinne der Fairness ist eine Übergangsregelung gegenüber den Mitarbeitenden wichtig. Ich befürworte deshalb Variante 5 im Wissen um die höheren Kosten. Im Sinne der Fairness gegenüber den Mitarbeitenden kann ich dies verantworten.

Wir stimmen Antrag 1 des Gemeinderates zu und beantragen die Anträge 2 und 3 wie folgt zu ändern:

Der Antrag 2: Der Einwohnerrat gewährt den Mitarbeitenden eine Übergangsregelung bis 31. Dezember 2017 (Variante 5).

Antrag 3: Der Einwohnerrat beschliesst für die Besitzstandswahrung einen Zusatzkredit von Fr. 590'000.00.

Martin Schibli (EVP): Wir unterstützen im Grundsatz den Antrag des Gemeinderates. Ich stehe nach den Beschlüssen in der Budgetdebatte unter Schock. Ist sich der Rat bewusst, was er beschlossen hat? Welche Auswirkungen auf das Budget haben unsere Beschlüsse bezüglich Pensionskasse? Ich bin über den Ablauf alles andere als zufrieden. Die Jugend, die Schwächsten, muss büssen, nur weil sie keine politische Lobby hat. Diese Situation macht es schwierig, grosszügig zu sein. Den Jungen, auch diese werden einmal alt, wird einfach die Unterstützung entzogen.

Heiko Loretan (CVP): Eine Frage an die SVP-Fraktion: Welche rechtlichen Konsequenzen sind bei einer Annahme des Antrages FiGPK zu erwarten?

Philipp Ammon (SVP): Die Mitarbeitenden haben rechtlich verbindliche Zusagen, sie haben das Recht, diese zugesicherten Leistungen zu beziehen. Der Gemeinderat hat im Sinne der Gemeinde entschieden um zu verhindern, dass er am Schluss von einem Mitarbeiter angeklagt wird. Ich bin rechtlich nicht so versiert wie andere. Die sofortige Aufhebung der Besitzstandswahrung hat zur Folge, dass die verbindlichen Zusagen nicht eingehalten werden und den Mitarbeitenden nachträglich das Recht auf die Besitzstandswahrung abgesprochen wird. Dies ist nach meinem Verständnis nicht richtig. Ich will nicht zusätzliches Geld ausgeben, den Antrag von Reto Candinas lehne ich ab. Mitarbeitende sollen nicht mit einem Rechtsstreit gegen den ehemaligen Arbeitgeber in Pension gehen.

Aufgrund dieser Gedanken befürworten wir den Antrag des Gemeinderates. Die Sache ist nun zu bereinigen und abzuschliessen. Der Einwohnerrat hat als Arbeitgeber Verpflichtungen den Arbeitnehmern gegenüber. Für gewisse Voten fehlt mir schlichtweg das Verständnis.

Mathias Richner Einwohnerratspräsident (EVP): Bei den Anträgen der FDP gibt es ein Missverständnis, ich lese diese nochmals vor:

1. Der Einwohnerrat hebt den Beschluss vom 24. Oktober 2007 betreffend Besitzstandswahrung Pensionskasse per sofort auf.
2. Der Einwohnerrat beschliesst für die bereits vom Gemeinderat zugesicherten Besitzstandswahrungen für die Mitarbeiter 10 bis 12 einen Zusatzkredit von 367'841 Franken.

Philipp Umbricht (FDP): Die Mitarbeiter 1 bis 9 haben die Auszahlung erhalten, die Mitarbeiter 10 bis 12 haben die verbindliche Zusicherung des Gemeinderates. Diese kann nicht mehr rückgängig gemacht werden, dies gäbe einen Rechtsstreit. Die Auszahlung ist noch nicht erfolgt. Alle anderen haben noch keine Zusagen erhalten.

Der Einwohnerrat hat 2007 Fr. 425'000.00 bewilligt, davon sind Fr. 385'241.00 ausgegeben. Um alle Zusicherungen zu erfüllen wurden Fr. 792'841.00 bewilligt. Zieht man den bewilligten Kredit ab, resultiert eine Überschreitung von Fr. 367'841.00. Wird der Zusatzkredit bewilligt, geht es finanziell auf.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Die Diskrepanz zu diesen Erläuterungen liegt darin, dass einem Mitarbeiter die Übergangsrente zugesprochen wurde, welcher länger als bis 63 arbeitet. Die zweite Person arbeitet ebenfalls länger und lässt sich nun frühzeitig pensionieren. Der Gemeinderatsbeschluss beinhaltet auch Mitarbeiter 13, damit alle, die mit 65 oder früher in Pension gehen, gleich behandelt werden. Der Gemeinderat bittet die Anträge zu genehmigen, damit die gleiche Behandlung für die Mitarbeitenden gewährleistet ist.

Rosi Magon, Vizeammann (SP): Mitarbeiter 13 arbeitet zu Gunsten der Gemeinde weiter. Wir haben ihn aufgefordert das Gesuch einzureichen, damit er nicht unsachgemäss bestraft worden wäre. Er hätte das Gesuch ja bereits vor einem Jahr stellen können. Nach diesem Mitarbeiter entsteht eine Lücke von zwei Jahren, dies waren die Überlegungen des Gemeinderates.

Karin Hefti (FDP): Besteht ein Anspruch auf vorzeitige Pensionierung oder liegt die Bewilligung in der Kompetenz des Gemeinderates?

André Gigandet, Verwaltungsleiter: Dieser Anspruch ist im Personalreglement geregelt.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Genau darüber diskutieren wir. Wo soll der Schnitt gemacht werden? Die Mitarbeitenden haben gestützt auf das Personalreglement das Recht, ein Jahr bevor sie 63 Jahre alt werden, den Antrag auf frühzeitige Pensionierung zu stellen. Mitarbeiter 12 arbeitet ein Jahr länger, er hat mit 63 den Antrag gestellt, dass er mit 64 pensioniert wird. Ein anderer Mitarbeiter ist ebenfalls 63, will aber noch zwei Jahre arbeiten. Dieser würde gestraft werden.

Mathias Richner (EVP): Ich gehe wie folgt vor: Die eingereichten Anträge werden nochmals verlesen, dann stimmen wir über die Zusatzanträge der FiGPK ab. Je nach Ergebnis werden anschliessend die Anträge Umbricht und Candinas den Anträgen des Gemeinderates gegenübergestellt. Die Anträge der FiGPK liegen schriftlich vor und werden nicht mehr verlesen.

Abänderungsanträge Philipp Umbricht (FDP)

Antrag 1: Der Einwohnerrat hebt den Beschluss vom 24. Oktober 2007 betr. Besitzstandswahrung Pensionskasse per sofort auf.

Antrag 2: Der Einwohnerrat beschliesst für die bereits vom Gemeinderat zugesicherten Besitzstandswahrungen für die Mitarbeiter 10 bis 12 einen Zusatzkredit von Fr. 367'841.00.

Abänderungsanträge Reto Candinas (SP)

Antrag 1: Der Einwohnerrat hebt den Beschluss vom 24. Oktober 2007 betr. Besitzstandswahrung Pensionskasse auf.

Antrag 2: Der Einwohnerrat gewährt den Mitarbeitenden eine Übergangsreglung bis 31. Dezember 2017 (Variante 5).

Antrag 3: Der Einwohnerrat beschliesst für die Besitzstandswahrung einen Zusatzkredit von Fr. 590'000.00.

Reto Candinas (SP): Die Anträge der FiGPK und der FDP fordern Mitarbeiter 13 auf, vor Rechtskraft der Beschlüsse die Kündigung einzureichen. Dadurch erhält er Fr. 100'000.00 mehr.

Heiko Loretan (CVP): Wir unterstützen den Antrag der FiGPK. Eine weitere Botschaft an einer nächsten Sitzung für Mitarbeiter 13 erachten wir als übertrieben.

Offene Abstimmungen

Zusatzanträge FiGPK / CVP

Antrag 1: Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat bis zur ersten Einwohnerratssitzung 2015 die Kreditabrechnung des Verpflichtungskredits "Finanzierung der Besitzstandswahrung für die MA" aus dem Jahr 2007 vorzulegen.

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag mit 15 Ja- gegen 18 Nein-Stimmen ab.

Antrag 2: Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat bis zur ersten Einwohnerratssitzung 2015 darzulegen, wie das Interne Kontrollsystem IKS inskünftig die institutionalisierte Einhaltung des Kostenrahmens von Verpflichtungskrediten sicherstellt. Dabei ist die Einführung einer vorsorglichen automatischen Kreditsperre vor Erreichen der Kreditlimite zu prüfen (z. B. Ampelsystem).

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag mit 15 Ja- gegen 18 Nein-Stimmen ab.

Gegenüberstellung der Anträge Gemeinderat / Philipp Umbricht / Reto Candinas

Auf den Antrag Gemeinderat entfallen	19 Stimmen
Auf den Antrag Umbricht entfallen	10 Stimmen
Auf den Antrag Candinas entfallen	2 Stimmen

Gegenüberstellung Anträge Gemeinderat / Philipp Umbricht

Auf den Antrag des Gemeinderates entfallen	21 Stimmen
Auf den Antrag Umbricht entfallen	9 Stimmen

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat hebt den Beschluss vom 24. Oktober 2007 betr. Besitzstandswahrung Pensionskasse auf.

Der Einwohnerrat fasst mit 26 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat gewährt den Mitarbeitenden, die bis spätestens 31. Dezember 2015 zwei Jahre vor der ordentlichen Pensionierung stehen und im Jahr 2007 bereits bei der Gemeinde Windisch tätig waren, Besitzstand für die Altersrenten der Aargauischen Pensionskasse per 31. Dezember 2007. Bei der Pensionierung entspricht die Altersrente in Franken mindestens derjenigen gemäss Versicherungsausweis der APK per Ende 2007. Dies gilt auch bei einer vorzeitigen Pensionierung.

Der Einwohnerrat fasst mit 26 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat beschliesst für die Besitzstandswahrung einen Zusatzkredit von Fr. 500'000.00.

Rückkommensantrag Jugendkonzept

Paul Bitschnau (SP): Ich stelle einen Rückkommensantrag zur Streichung des Beitrags an das Regionale Jugendkonzept. Die im Einwohnerrat nicht vertretenen Jugendlichen werden abgestraft. Grössere Sorgen bereitet mir, dass sich der Einwohnerrat der Tragweite des Beschlusses für die regionale Zusammenarbeit nicht bewusst ist. Der Rat soll mit offenen Augen die Sitzung verlassen und nicht morgen aus der Zeitung erfahren, was andere von diesem Entscheid halten.

Martin Schibli (EVP): Wir wollten ebenfalls Rückkommen beantragen. Die Mehrheit wollte scheinbar ein Zeichen setzen. Es wäre besser, den Rückkommensantrag gutzuheissen und den Betrag von Fr. 37'440.00 zu bewilligen. Das Budget beläuft sich auf 27 Mio. Franken, dieser Betrag hat keine grösseren Auswirkungen.

Schade ist Marco Valetti nicht da. Wir beide kennen noch die taktischen Spielchen von früher. Früher wurde während Jahren der Betrag für den Wackerstampfer für das Bauamt aus dem Budget gestrichen, um den Sparwillen zu demonstrieren.

Heute geht es nicht um einen Wackerstampfer, sondern um die Jugendarbeit. Es ist mir zu schade, hier etwas zu riskieren und die geleistete Aufbauarbeit einfach zu zerstören, um sie dann später mühsam wieder aufzubauen.

Offene Abstimmung

(2/3-Mehrheit)

Der Einwohnerrat lehnt den Rückkommensantrag von Paul Bitschnau mit 19 Ja-Stimmen ab.

5 2014.51

Verpflichtungskredit Gesamtrevision Nutzungsplanung Phase II – Umsetzung

(gemeinderätliche Botschaft vom 1. September 2014)

Rosi Magon, Vizeammann (SP): Ich freue mich, dass diese Vorlage einen nahtlosen Übergang vom Leitbild zur Revision der Nutzungsplanung ermöglicht. Erfreulich ist auch, dass das Projekt weiterhin von Brugg und Windisch gemeinsam bearbeitet wird. Die zweite Phase beinhaltet die Gesamtrevision des Bauzonen- und Kulturlandplanes, inkl. Bau- und Nutzungsordnung, den kommunalen Gesamtplan Verkehr (KGV) und das Natur- und Landschaftsentwicklungskonzept (NLEK). Diese Planungsinstrumente sind neu. Der Gesamtplan Verkehr muss gemäss Baugesetz erstellt werden, um die Verkehrs- und Siedlungsentwicklung aufeinander abzustimmen. Für die Abstimmung der Natur und Landschaft auf die Siedlungsentwicklung dient das NLEK. Dies ist notwendig, weil Natur und Landschaft genauso zu unserem Raum gehören wie der Verkehr, die Siedlung und das Kulturland. Alle Bereiche müssen aufeinander abgestimmt werden. Ich empfehle die Annahme der drei Kredite, unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Einwohnerrat Brugg.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Martin Gautschi (FDP): Im Grundsatz begrüssen wir, dass die Planung angegangen wird. Die Planungssicherheit wird erhöht, gleichzeitig haben wir unsere Aufgaben erledigt. Positiv ist die gemeinsame Realisierung mit Brugg, dadurch können Synergien genutzt werden. Der Kanton unterstützt den Natur- und Landschaftsschutz nicht, dieser ist in die Nutzungsplanung integriert. In Berücksichtigung unserer Finanzen lehnen wir diesen Antrag ab. Es ist zu realisieren, was gesetzlich notwendig ist und den grössten Nutzen bringt. Wir stimmen den Anträgen 1, 2 und 4 zu. Der Natur- und Landschaftsschutz ist wünschenswert, aber nicht notwendig. Die FDP Brugg vertritt die gleiche Meinung.

Reto Candinas (SP): Wir freuen uns über den Abschluss des RELB. Besten Dank für die grosse geleistete Arbeit. Im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens können weitere Anregungen eingebracht werden. Mit der Umsetzung folgt die wichtigste, aber auch schwierigste Phase. Ich bin überzeugt, dass dies ein Beitrag zur langfristigen Verbesserung der

Finanzsituation ist. Die Kosten entsprechen der Aufgabe, welche die Gemeinde erledigen muss. Die Zonenplanung ist gesetzlich vorgeschrieben, ebenso der KGV.

Das Votum der FDP erstaunt mich. Windisch liegt am Wasserschloss. Region und Gemeinde positionieren sich über die Landschaft. Unsere Landschaft ist von nationaler Bedeutung. Es ist sehr wichtig, dass dieser Teil gleich gewichtet wird. Ohne gesicherte Grundlagen ist es schwierig, eine Kulturlandplanung zu erarbeiten. Die SP stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

Wir freuen uns über die Weiterführung der Zusammenarbeit mit Brugg. Beide Partner haben einen grossen Nutzen davon.

Matthias Zehnder (SP): Als Vertreter der Arbeitsgruppe Natur und Landschaft zeige ich die Gründe auf, weshalb das Natur- und Landschaftsentwicklungskonzept notwendig ist. Ich habe an allen RELB-Foren teilgenommen. Im ersten Forum wurden am Schluss rote, gelbe und grüne Punkte verteilt. Die Grünen, um die positiven, die Roten, um die negativen Werte der Gemeinde auszudrücken. Im Raum Campus gab es vor allem rote Punkte, die grünen Punkte wurden in der Landschaft gesetzt. 90 % sehen die Landschaften und Naturräume, sei es ausserhalb oder im Zentrum, zum Beispiel der Park von Königsfelden, sehr positiv. Diese Willensäusserung darf nicht übergangen werden. Für mich ein Auftrag, das NLEK zu erarbeiten.

Christian Locher (SVP): Nach einer längeren Debatte stimmen wir den Anträgen mehrheitlich zu. Das verdichtete Bauen erhält eine immer grössere Bedeutung. Gehen wir mit der Natur nicht sorgfältig um, ist schlussendlich alles überbaut.

Kürzlich war zu lesen, dass Suhr vom Kanton den Auftrag erhalten hat, den Kantonsarchitekten für die Planung des NLEK beizuziehen.

Matthias Knecht (FDP): Ich habe ebenfalls an allen RELB-Foren teilgenommen. Die finanziellen Auswirkungen wurden nie diskutiert. Windisch fehlen die Mittel, der Kanton leistet keine Beiträge an das NLEK. Die ersten Punkte sind wichtig, die Natur weniger.

Andrea Höbel (CVP): Trotz weiteren Kosten ist dieses Projekt für die Zukunft der nächsten Generation sehr wichtig. Seit anfangs 2013 kann sich die Öffentlichkeit aktiv einbringen. Wir wissen alle um die Wichtigkeit, nützen wir diese Chancen. Gleichzeitig erinnern wir daran, dass ein Projekt dieses Ausmasses entsprechend begleitet und kontrolliert werden muss. Es ist ein straffes Projektmanagement, inklusive Qualitäts-, Kosten- und Terminkontrolle, notwendig. Die Fehler bei der Sanierung des Bezirksschulhauses

dürfen sich nicht wiederholen. Ich habe an zwei Foren teilgenommen, persönlich ist mit der Bereich Landschaft wichtig. Wir stimmen den Anträgen zu.

Fredy Bolt (SP): Ich wohne im Klosterzelgquartier, deshalb spricht mich das Thema Verdichtung sehr an. Verdichtung und Siedlungsentwicklung sind zentrale Themen, betroffen sind die zentrumsnahen Quartiere Klosterzelg und Reutenen. Diese schönen, strukturierten und vom Gemeinderat als gut sozial durchmischt gelobten Quartiere, sollen in die Umsetzung des RELB einfließen.

Spricht das RELB von Verdichtung, geht es um weiche Begriffe wie qualitätsvolles Bauen, Weiterentwicklung der Typologien. Diese Floskeln lassen sich beliebig interpretieren. Das RELB sieht in der Oberburg keine grössere Entwicklung vor, im Klosterzelg- und im Reutenenquartier wird jede Entwicklung offen gelassen. Ich hätte eine strategische obere Grenze erwartet, beispielsweise, dass nicht ganze Quartierteile der Wohnzone 3 zugeteilt werden. Das Fehlen dieser Bremse macht mich hellhörig. Eine Umzonung würde das Quartier auf 20 Jahre sowohl struktur- wie auch bevölkerungsmässig grundsätzlich verändern. Ich stehe deshalb der Umsetzung NLEK durchaus auch misstrauisch und kritisch gegenüber.

Der Zusammenhang zwischen Verdichtung und Verkehr gefällt mir ebenfalls nicht. Im RELB wird zentral über Verdichtung und Verkehr gesprochen. Einerseits soll kein zusätzlicher Verkehr entstehen, andererseits ist der entstehende Verkehr erträglich zu gestalten. Es zeigt mir, dass Verdichtung und Verkehr wirkungslos sind. Wir reden über ein Quartier, welches durch Schleichverkehr, 300 Parkplätze und 40-Tonnenlastwagen zum Kabelwerk belastet ist.

In diesem Zusammenhang sind strategische Aussagen notwendig. In Zentrumsnähe ist die Verdichtung des Strassenraums so zu gestalten, dass der quartierfremde Verkehr ferngehalten und ein autofreies Wohnen oder vermehrtes Carsharing möglich wird. Ich vermisse diese Aussagen in der Vorlage. Die Ausführungen zur Verdichtung sollten nicht in allgemeinen Begriffen, sondern präzise umschrieben werden. Ich stimme dem Kredit mit einer gewissen inneren Spannung zu.

Reto Candinas (SP): Ich muss eine Aussage korrigieren: Es ist falsch, dass der Kanton das NLEK nicht unterstützt. Es wird im gleichen Rahmen unterstützt wie das KGV.

Philipp Umbricht (FDP): Die Diskussion lässt den Eindruck aufkommen, der Bereich Natur und Landschaft sei uns nicht wichtig. Dies ist nicht so, dieser ist ein Teilbereich der

Bau- und Nutzungsordnung und der Nutzungsplanung Kulturland. Damit die Pläne erstellt werden können, muss diese Thematik bearbeitet werden.

Das Wasserschloss ist ein zentraler Punkt unserer Region, es ist durch den Kanton mehr als gut geschützt: Der verfassungsrechtliche Auenschutz, das Wasserschloss- und das Reussuferschutzdekret. Keine andere Landschaft ist so geschützt im Kanton.

Rosi Magon, Vizeammann (SP): Der Einwohnerrat hat die Erarbeitung des RELB mit der Überweisung der Motion verlangt. Es war bekannt, dass das RELB nicht gratis ist. Dieses ist nicht zwingend notwendig. Der Einwohnerrat hat gewünscht, dass der Revision eine Leitbilddiskussion vorausgeht, an welcher sich die Bevölkerung beteiligen kann. Mit der Durchführung der Foren wurde diesem Wunsch Rechnung getragen. Schade, haben sich nicht noch mehr Leute aus der Bevölkerung an den Foren beteiligt. Das Mitwirkungsverfahren ist noch im Gange und es ist möglich, weitere Anregungen einzureichen. Das RELB ist ein strategisches Papier, das nicht auf die tiefste Stufe hinuntergeht.

Das Wasserschloss ist mehrfach geschützt. Trotzdem müssen die Übergangsgebiete zu diesen Schutzzonen sehr genau prüfen. Es sind Massnahmen für eine Vernetzung der Natur mit Tieren und Pflanzen zu treffen. Nebst diesem Punkt ist das NLEK auch für die Freiräume gedacht.

Zu den Kantonsbeiträgen: Das KGV ist tatsächlich ein Novum für die BNO, aber das NLEK wird ebenfalls subventioniert.

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 33 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat stimmt für die Revision der Nutzungsplanung Siedlung und Kulturland mit Bau- und Nutzungsordnung, Bauzonen- und Kulturlandplan auf Basis des erarbeiteten räumlichen Entwicklungsleitbildes (RELB) einem Bruttokredit von Fr. 294'000.00, zuzüglich Teuerung ab April 2014 (ZH WBK-Index Basis April 2010, 102.3 Punkte) zu.

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat stimmt für die Erstellung des Kommunalen Gesamtplanes Verkehr (KGV) auf Basis des erarbeiteten räumlichen Entwicklungsleitbildes (RELB) einem Brut-



Gemeinde Windisch
Protokoll des Einwohnerrates
Sitzung vom 22. Oktober 2014

Seite:
109

tokredit von Fr. 104'000.00, zuzüglich Teuerung ab April 2014 (ZH WBK-Index Basis April 2010, 102.3 Punkte) zu.

Der Einwohnerrat fasst mit 21 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat stimmt für die Erstellung des Natur- und Landschaftsentwicklungskonzeptes (NLEK) auf Basis des erarbeiteten räumlichen Entwicklungsleitbildes (RELB) einem Bruttokredit von Fr. 71'000.00, zuzüglich Teuerung ab April 2014 (ZH WBK-Index Basis April 2010, 102.3 Punkte) zu.

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat fasst die Beschlüsse 1 bis 3 vorbehältlich der Zustimmung des Einwohnerrates Brugg.

Schluss der Sitzung: 21.55 Uhr

Treffpunkt: Restaurant Traube

EINWOHNERRAT WINDISCH

Der Einwohnerratspräsident:

Der Gemeindeschreiber II: